

Bezugspreis:

Vierteljährlich 120.— M., monatlich 40.— M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 10. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Krisenstimmung im Reichstag.

Der Reichstag wird heute nachmittag in die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutz der Republik eintreten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt um 3 Uhr nachmittags zusammen, um über die gesamte politische Lage, wie sie sich nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen darstellt, zu beraten.

Ohne der Entscheidung der Reichstagsfraktion vorzugreifen, kann man sagen: die Lage ist so verworren, daß einstweilen nicht zu sehen ist, wie anders als durch eine Reichstagsauflösung die notwendige Klarheit geschaffen werden kann.

Der Gang zu Stresemann. Im Urteil eines Demokraten.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht an leitender Stelle die Zuschrift einer „angesehenen demokratischen Persönlichkeit Westdeutschlands“, in der daran erinnert wird, daß Stresemann in seinen „Deutschen Stimmen“ eines der elendesten Pamphlete gegen den Reichspräsidenten, worin auch der verstorbene Demokrat Raumann mit Kot besudelt wird, in begeisterter Weise empfohlen hat.

Wenn es sich jetzt bestätigen sollte, daß die Herren Abgeordneten Marx und Dr. Koch im Auftrag ihrer Fraktionen diese Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung eingeladen haben, dann könnte man sich nicht wundern darüber, daß alle wackelnden Republikaner diesen Schritt als eine Verhöhnung empfanden müssen.

Um nicht unhöflich zu werden, wollen wir die Antwort auf diese bange Frage eines Demokraten der Demokratischen Partei selbst überlassen.

Die Neuköllner Ortsgruppe der Demokratischen Partei sendet uns folgende, am 7. Juli von ihr gefasste Entschlieung:

Ohne im Augenblick über die Zweckmäßigkeit der Taktik der Deutschen Demokratischen Fraktion des Reichstages zur Frage der Regierungsumbildung ein Urteil zu fällen, hält die Ortsgruppe Neukölln der Deutschen Demokratischen Partei eine Verbreiterung der jetzigen Regierungskoalition gleichermäßen nach links wie nach rechts durch die politische Lage für geboten.

Was die Stellung der Sozialdemokratie zu einer Verbreiterung der Koalition nach rechts betrifft, so dürfen wir uns auf das beziehen, was die demokratische „Frankfurter Zeitung“ darüber sagt. Es bleibt also, da nicht weiter ohne feste Mehrheit regiert werden kann, nur die Verbreiterung nach links.

Gegen die Deutsche Volkspartei.

Frankfurt a. M., 9. Juli. (W.F.) Oberbürgermeister Philipp Scheidemann sprach heute in dem dichtgefüllten Saale des Palmengartens über die Entwicklung der politischen Zustände Deutschlands seit 1918.

Einer der größten Fehler von 1918 sei der gewesen, die Freiheit der Presse ausrechterhalten. Gegen die Reaktion müsse der Kampf bis aufs Messer geführt werden, wenn man nicht selbst dem Messer oder Revolver zum Opfer fallen wolle.

Riesenwaffenfund in Kiel.

Kiel, 10. Juli 1922. (Soz. Parlamentsdienst.) Von der Kontrollkommission der Entente wurde am Freitagmorgen auf dem Marinarsenal eine Revision vorgenommen. In Kisten verpackt wurde eine ganze Anzahl Waffen und Munition gefunden, darunter 135 leichte und 38 schwere Maschinengewehre, 42 Maschinengewehre ganz neuen Systems und 18 Stangenfeuerrohre.

Leider meldet der Bericht nicht, wo die verantwortlichen Leiter des Marinarsenals sind.

Weiterführung des Buchdruckerstreiks

Die Generalversammlung der Buchdrucker, die heute vormittag im Gewerkschaftshause tagte, nahm einen recht bewegten Verlauf. Es wurde besonders kritisiert, daß die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel nicht benutze, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Generalstreik-Enten.

Leute, die behaupten, es genau zu wissen, die es auch „wissen“ müssen, weil sie keine Ahnung haben, erzählen überall, daß morgen, Dienstag, oder Freitag ein Generalstreik komme.

Ein Generalstreik wird nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschloffen und nicht ohne sie vorbereitet, seine Bekanntmachung erfolgt auch nicht durch die Leute, die jetzt das Gerücht verbreiten, er würde durch die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten und die politischen Arbeiterparteien angekündigt werden.

Angst um Deutschland.

Marksturz und Reparationsfrage.

Das gesamte Ausland beschäftigt sich seit einigen Tagen hauptsächlich mit der Verschlechterung der finanziellen Lage Deutschlands und mit den im Zusammenhang damit zu erwartenden politischen und wirtschaftlichen Folgen.

„Angesichts der bestehenden Krise in Deutschland sei die erste Pflicht Amerikas, für seine eigene Sicherheit Sorge zu tragen, damit es besser in der Lage sei, anderen zu helfen.“

Letzteres scheint eine Anspielung nicht allein auf die allgemeine amerikanische Wirtschaftskrise zu sein, die sich übrigens zusehends bessert, sondern auch auf die großen Streiks, die die Vereinigten Staaten gegenwärtig erleben und die zum Teil blutig verlaufen, wie der Eisenbahnerstreik.

Nach dem „Daily Telegraph“ ist man in englischen Finanzkreisen über die deutsche Finanzlage sehr besorgt; das englische Kabinett werde die Einberufung eines Obersten Rates oder wenigstens einer Konferenz der alliierten Finanzminister und Sachverständigen über die Reparationsfrage beantragen.

Der Schlüssel der Situation liegt nach wie vor bei Frankreich, dem wichtigsten Gläubiger Deutschlands, dessen bisherige Hartnäckigkeit gegenüber allen Bestrebungen, die Reparationsfrage auf vernünftiger Grundlage zu lösen, die neue Krise mitverschuldet hat.

„Wenn Deutschland ein wirkliches Moratorium verlangt, wird zunächst seine Zahlungsfähigkeit geprüft werden. Es werde keinerlei Entschlieung gefaßt werden, bevor den Alliierten der Bericht des Garantieausschusses über die Finanzkontrolle vorliegt.“

Ob diese halbamtliche Gelassenheit der wahren Stimmung in Paris entspricht, darf wohl bezweifelt werden. Der Pariser Korrespondent der „Times“ drapht seinem Blatte:

„Noch niemals habe ich eine so pessimistische Stimmung in den höchsten französischen Bankkreisen gefunden wie jetzt, wo man den Bankrott Oesterreichs erwartet, und wo der katastrophale Sturz der Mark die Notwendigkeit nicht nur eines vollständigen Moratoriums für einige Jahre, sondern auch Maßnahmen zur Verhinderung eines völligen Zusammenbruchs Deutschlands beweist.“

Inzwischen sind die Staatssekretäre Fischer und Schröder gestern abend in Paris eingetroffen, die Ankunft Bergmanns wird dort für Dienstag angekündigt. Nach einer „Europa-Press“-Meldung aus Paris wird in französischen politischen und Finanzkreisen die Gewährung des Moratoriums als sicher gehalten, da sonst der deutsche Staatsbankrott unvermeidlich wäre.





